

Bürger würden für Bildung mehr Steuern bezahlen

Umfrage: Deutsche wollen Reform - Kritik an „Kleinstaaterei“

Die Deutschen sind unzufrieden mit dem Bildungssystem: Derzeit verdient es nach ihrer Einschätzung nur die Note „vier plus“. Um die Qualität von Kitas, Schulen und Hochschulen zu verbessern, würden die meisten sogar mehr Steuern zahlen.

Berlin. Das deutsche Bildungswesen ist reif für eine umfassende Reform, von bundesweiten Standards bei Lehrstoff und Prüfungen bis hin zum längeren gemeinsamen Lernen. Das meint die große Mehrheit der Bürger. In einer Online-Umfrage, an der fast 500 000 Menschen teilnahmen, erreicht das derzeitige System nur die Schulnote 3,7.

Unabhängig von Alter und eigenem Bildungsstand üben fast alle Befragten Kritik an den unterschiedlichen Schulsystemen in den Bundesländern. 92 Prozent sprechen sich für einheitliche Unterrichtsinhalte und Abschlussprüfungen aus. Mehr als zwei Drittel



Fürs Zeugnis soll es einheitliche Standards geben. FOTO: DAPD

meinen zudem, dass die Kinder später als heute auf eine weiterführende Schule wechseln sollten: Fast jeder Zweite stimmt für einen Übergang nach dem sechsten Schuljahr, die übrigen wünschen sich den Wechsel sogar erst nach der neunten oder zehnten Klasse. Ganztags-Unterricht bevorzugen 80 Prozent der Teilnehmer für ihre Kinder.

Mehr als zwei Drittel der Befragten würden höhere Steuern in Kauf nehmen, wenn das Geld für Verbesserungen an Kindergärten, Schulen oder Universitäten eingesetzt würde. Damit

hat Bildung einen deutlich höheren Stellenwert als andere Themen: Für das Gesundheitswesen, den Umweltschutz oder bessere Verbrechensbekämpfung käme eine Steuererhöhung jeweils für mehr als die Hälfte der Bürger nicht infrage. Aus Sicht der Befragten ist der Bedarf an Investitionen bei den Schulen am höchsten (70 Prozent). Auf Platz zwei liegen Kitas und Krippen.

Die Studie, die von der Bertelsmann-Stiftung, der Unternehmensberatung Roland Berger sowie den Zeitungen „Bild“ und „Hürriyet“ gestartet wurde, fördert nur wenige strittige Punkte zutage. So etwa bei der Frage, ob Kinder mit und ohne geistige Behinderung gemeinsam lernen sollten: Mindestens die Hälfte der Bundesbürger kann sich das nicht vorstellen. Hier müsse die Politik noch Überzeugungsarbeit leisten, forderte Bertelsmann-Vorstand Jörg Dräger. > Seite A 4: Meinung *dpa/afp*

Die unerhörten Eltern

Warum Politiker ein einheitliches Bildungssystem blockieren

Im Prinzip ist es ganz einfach: Deutschland erhöht die Steuern, um mehr Lehrer einzustellen. Die Grundschule dauert sechs Jahre, Schüler werden überall bis in den Nachmittag unterrichtet, Kindergarten ist Pflicht. Das alles müsste geschehen, wenn man die Ergebnisse der Umfrage der Bertelsmann-Stiftung zur Bildung zugrunde legt. Denn auch das ist ein Resultat: Die Menschen stellen dem Schulsystem in Deutschland ein schlechtes Zeugnis aus.

Da muss es verwundern, dass die sechsjährige Grundschule in Hamburg in einem Volkstentscheid, die fünfjährige im Saarland am Murren von Eltern, Lehrern und Kommunen scheiterte. Und dass auch verpflichtende Ganztagschulen immer wieder auf Widerstände stoßen. Mit dem Volkswillen ist das nun mal so eine Sache. Auf ihn ist nicht immer Verlass. Umfragen machen noch keine Politik.

Die öffentliche Meinung ist auch nicht immer fair. Denn natürlich hat sich im deutschen Bildungssystem nach dem Schock des ersten internationalen Pisa-Vergleichstests einiges verändert. Bildung wird schon in den KITAS großgeschrieben, der Unterricht an den Grundschulen geht stärker auf die einzelnen Schüler ein. Die pädagogischen Angebote an den Nachmittagen wurden ausgeweitet. Die Politik mit ihren vielen engagierten Bildungsexperten nimmt die Sorgen der Bürger auf. Auch die Kindergartenpflicht findet dort



Von Ulrich Brenner

Anhänger – trotz rechtlicher Bedenken. Erstaunlich taub stellt sich die Politik aber bei einem Anliegen, das nicht erst die neue Umfrage belegt, sondern das so alt ist wie die Republik: der

Wunsch nach der Einheitlichkeit von Schulsystemen, Lehrplänen und Abschlüssen unter den Bundesländern. Zwar haben sich die Kultusminister nach langen Mühen wenigstens in Kernfächern bis zur mittleren Reife auf einheitliche Bildungsstandards geeinigt. An ein gemeinsames Abitur ist aber nicht zu denken.

Und warum muss der Fünftklässler, der in Hessen schon ein Gymnasium besucht, beim Umzug nach Berlin in die (dort sechsjährige) Grundschule? Gelingt einem Hauptschüler aus Bayern der Wechsel auf die neue saarländische Gemeinschaftsschule? Man kann diesen Wildwuchs Vielseitigkeit nennen, ihn als Wettbewerbs-Föderalismus preisen. In Wirklichkeit geht es darum, dass die Bildung das wichtigste Spielzeug der Landespolitiker ist, das sie nicht hergeben wollen. Sie haben in der Föderalismus-Reform sogar das Kooperationsverbot ertrotzt, das dem Bund direkte finanzielle Hilfen für Schulen – etwa für Ganztagsbetreuung – versagt. Was für ein Erfolg!

An Schulstrukturen doktern die Bundesländer gerne rum. Sie sollten lieber mal die Strukturen der Bildungspolitik selbst überprüfen – und dem Bund eine größere Rolle zubilligen. Das Volk jedenfalls wäre sehr dafür.